

Berliner Tageblatt



Nr. 419

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Freitag, 4. September 1925

Druck und Verlag von Rudolf Masse in Berlin.

Ministertreffen noch im September?

Die Stellung Belgiens in London.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 4. September.

„Times“ schreiben heute zu den Besprechungen der juristischen Sachverständigen in London und zu den juristischen über den Sicherheitspakt: Die **Minister und der deutsche Außenminister werden sich in der zweiten Hälfte dieses Monats entweder in der Schweiz oder in Etrichthalen treffen, um Aufschluß entgegenzunehmen**, dessen zahlreiche Wünsche ihm nicht erlauben, sich für längere Zeit von Rom zu entfernen, um miteinander über den vorgeschlagenen Sicherheitspakt zu verhandeln. Dieser Konferenz werden dann die Resultate der Besprechungen der juristischen Sachverständigen in London über die technischen Einzelheiten des Paktes vorgelegt werden. Man vermutet, daß die Sachverständigen im Laufe des heutigen Tages den größten Teil ihrer Arbeit beenden werden, aber es ist möglich, daß sie ihren Aufenthalt in London auch über das Weekend hinaus ausdehnen werden, um die rechtliche Lage in dieser politischen Frage weiter zu diskutieren. Außer den täglichen Diskussionen im Foreign Office haben die juristischen Sachverständigen täglich **private Zusammenkünfte**, die sich als sehr erfolgreich herausgestellt haben. Das Hauptresultat dieser Besprechungen ist, daß die deutsche Regierung durch ihren juristischen Sachverständigen Dr. Gaus in den Besitz aller Unterlagen gelangt ist, die mit der Haltung der Minister in dem vorgeschlagenen Sicherheitspakt zusammenhängen. Man erwartet nicht, daß ein völliges Uebernehmen aller Punkte bei diesen Besprechungen erreicht werde, aber sie haben dazu beigetragen, die Meinungsverschiedenheiten bis auf ein paar wesentliche Punkte, die nun mit absoluter juristischer Präzision formuliert worden sind, herabzumindern. Es liegt kein Grund vor, den durchaus maßvollen Ausführungen dieses nach Möglichkeit immer öffentlicher Wesens zu misstrauen. Anders dagegen ist auch heute wieder der Bericht des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ gehalten, den wir mit dem größten Vorbehalt wiedergeben. Der Korrespondent will getrenn folgende weitere Einzelheiten über den Gang der Verhandlungen erfahren haben: Seit Dienstag Abend, so schreibt der Korrespondent, geht zwischen den Juristen ein harter Kampf vor sich. Dieser wurde nur beendet, daß Dr. Gaus es durchzusetzen vermocht habe, daß Frankreich unter keinen Umständen die antimilitarische Rheinlandzone, falls es zwischen Deutschland und Polen zu Streitigkeiten kommen sollte, ohne Zustimmung des Völkerbundes überschreiten dürfe. Dr. Gaus ist nun bei seinen Bemühungen von Kollan, dem belgischen Sachverständigen, und Cecil Curst unterstützt worden, wobei letzterer den früheren englischen Standpunkt aufgegeben habe, nämlich, daß England in gewissen Fällen selbst einschreiten dürfe, die transalpine Aemee den Alpen überschreiten dürfe oder nicht. Wie der Korrespondent schreibt, bezieht sich die Zusage des deutschen Sachverständigen aber nicht nur auf eine Schriftverbindlichkeit an die belgischen Parteien, sondern auch auf einen **Reis oder eine Abreise Gefahr im Westen**. Dr. Gaus habe daher von Anfang an daran festgehalten, daß auch in diesem Falle eine Entscheidung nicht einem einzelnen Staate zum Beispiel England überlassen werden dürfe, sondern daß man in jedem Falle vom Völkerbund eine Entscheidung verlangen müsse, denn man befürchtet schwerer in Deutschland, daß ein so wichtiges Land wie England, das schon schwer zu bewegen sein würde, für seinen früheren Minister Frankreich zu kämpfen, dieses niemals für seinen ehemaligen Kollegen sein würde. Wichtig ist nun der Umstand, schreibt der Korrespondent, daß Vandervelde, der belgische Außenminister, in seiner Note an die Minister einen ähnlichen Vorschlag gemacht habe, indem er vorschlug, daß seine dritte Partei ohne Zustimmung des Völkerbundes in einen Konflikt eingreifen dürfe. Vandervelde habe jetzt in Genf der Presse gegenüber diesen Standpunkt betont. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der belgische Sachverständigen

die, der überdies Vanderveldes erster Sekretär und Ratgeber sei, bereit gewesen sei, die deutsche Zusage sowohl hinsichtlich des Ostens wie auch des Westens zu unterzeichnen und Johann den Verlust gemacht habe dieses Prinzip in eine juristische Form zu bringen. Der italienische „Republiker“ habe dieser Auffassung zuzustimmen zugestimmt. Sir Cecil Curst soll geäußert haben, den deutsch-belgischen Standpunkt hinsichtlich des Westens anzunehmen und soll geneigt gewesen sein, die Partei Formagotz zu erweisen, der sich diesem Standpunkte energig widersetzt habe. Es sei anzunehmen, meint der Korrespondent, daß Cecil Curst ähnlich wie auch Chamberlain der Ansicht sei, daß, wo wichtige britische Interessen in Belvedere in Frage kommen würden, diese besser durch England selbst als durch den in seiner Handlungsfreiheit immerhin doch beschränkten Völkerbund vertreten würden. Andererseits würde England wohl kaum auf Grund der Mehrheit einer „ausländischen Körperschaft“ sich an einem Krieg beteiligen. Der Korrespondent macht sodann darauf aufmerksam, daß der belgische Postbote ausserordentlich mit dem ursprünglichen britischen Gedanken etwas gegenwärtigen Paktes verward sei, der zum ersten Male vor mehreren Jahren von englischen Diplomaten in Vorschlag gebracht worden sei. Dieser Vorschlag habe eine **antimilitarische Zone vorgezogen, die unter allen Umständen und für alle Zeit unverletzlich sein sollte**. Es sollte also eine neutrale Zone geschaffen werden, zu deren Verteidigung sich England verpflichtet haben würde. Diese Auffassung eines Rheinlandpakt habe gegenüber dem jetzigen Sicherheitspakt den Vorzug der Einfachheit. Es wäre interessant, wenn man wieder auf diesen Vorschlag zurückgreifen würde. Zum Schluß gibt der Korrespondent selbst zu, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, getrenn alle festzustellen, welches Resultat die Besprechungen der Sachverständigen bis dahin erzielt hätten.

Die Arbeiten der Juristen scheinen allmählich Gestalt zu gewinnen, denn anders ist die Mitteilung der „Times“, daß die geplante Außenministerkonferenz noch im September stattfinden kann, wohl kaum zu verstehen. Man weiß nun freilich noch nicht, was die Juristen bisher festgelegt haben. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hat allerdings täglich interessante Berichte gebracht, die der Wahrheitseinfachheit nicht entbehren. Von anderer Seite ist dann freilich die Nichtigkeit dieser Mitteilungen bestritten worden, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Elemente in der Absicht gegeben worden sind, die absolute Verantwortlichkeit der Verhandlungen, die durch diese Berichte durchgedrungen war, wieder herzustellen. Die deutschen Interessen sind in den „Daily-Telegraph“-Berichten im wesentlichen richtig dargestellt worden. Im übrigen ist der diplomatische Korrespondent des Blattes ein Mann, dessen Ansehen weit über die Grenzen Englands hinausgeht. Die Resultate der Juristentreffen mögen aber sein, wie sie wollen, es muß immer wieder betont werden, daß sie die verschiedenen Regierungen, auch die deutsche, nicht binden. Man es sehr auszubehalten. Der Fall, daß die deutsche Regierung nach Mitteilung der Konferenz Ergebnisse die Außenministerkonferenz ablehnt, ist theoretisch möglich, praktisch freilich sehr unwahrscheinlich. Gewisse Bedenken muß überhaupt die Frage erregen, ob die Form einer Außenministerkonferenz die richtige ist. Die Dinge liegen in Deutschland innenpolitisch etwas anders wie in Frankreich und England, und deshalb sollte man aus taktischen Gründen wünschen, daß eine etwas andere Form gefunden würde. Bei den Reparationsverhandlungen hat Deutschland seinen Haupt-, den Außenminister und den Finanzminister geschickt. Wir würden verstehen, wenn Dr. Stresemann auch jetzt eine der Verschiedenartigkeit der Regierungskoalition wiederempfehlende Delegation der Kleinreise vorgehen würde. Wenn er den Gedanken, die Delegationen bei dem Sicherheitspakt mitzuführen zu lassen, nun einmal vertritt, dann ist es nur logisch, daß sie auch äußerlich aus dieser Haltung bei den eigentlichen Abschlusssverhandlungen nicht entlassen werden dürfen.

Bilanz der Leipziger Herbstmesse.

(Von unserem Korrespondenten.)

Leipzig, 4. September.

Die Leipziger Herbstmesse neigt ihrem Ende zu und ihre Ergebnisse lassen sich nunmehr genau überblicken. Was die **ausstellerische Seite** betrifft, so darf man mit Genugtuung konstatieren, daß die Inflationsware vollständig den Rückgang angeht. All die Regierungen, die in den letzten Jahren ohne jedes Fundament plötzlich auftraten, hat die rauhe Luft der Übergangszeit fast ausnahmslos wieder ausgelöscht. Die heutige Ausstellerseite der Leipziger Messe ist durch einen scharfen Ausleseprozeß hindurchgegangen. Man kann annehmen, daß der jetzige Ausstellermarkt sich auch weiter behaupten wird. Die Mutterhäuser bieten heute in der Hauptsache eine gute Mittelware, auch Qualitätsitäten für einen gediegenen Geschmack werden verhältnismäßig ausgiebig dargeboten, wobei die in den letzten Jahren oft anzu treffenden Extravaganzen und schiefen Gewerkschaften durchweg wieder verschwunden sind — ein Beweis dafür, daß die Käuferseite für Qualitätswaren sich heute wieder aus ganz anderen Kreisen zusammensetzt als einst in der Inflationszeit. Interesse und nachhaltige Förderung müssen auch die verschiedenartig in Erscheinung tretenden Verläufe finden. Qualitätsware im Wege der Massenproduktion ist bisher — für den Zweck wenigstens — noch nicht dargebotenen billigen Preisen herzustellen. Inverkehrbrachte sind dabei der Zusammenhang und die gegenseitige Anregung zwischen der technischen Messe und den Fertigwarenindustrien der allgemeinen Muttermesse. Ausländische Fachleute haben beim Besuch der Messe gerade auf das Studium dieser Entwicklung sehr viel Zeit und Interesse verwendet. Man glaubt, daß hier ein Weg für die Lösung des Produktionskostenproblems gefunden ist, das uns in aller Schärfe heute auf dem Inlandsmarkt sowohl als auch im Export entgegensteht.

Die Ausstellerzahl der Messe belief sich auf etwas über 12 000. Was die Besucherzahl anbelangt, so kann man diese, da der Verkauf der Messeabsichten völlig dezentriert erfolgt, gewöhnlich erst nach Ablauf der Messe genau feststellen. Doch ist darauf hinzuweisen, daß das Ausstellergelände der technischen Messe bis Mittwoch nachmittags bereits von mehr als 130 000 Personen besucht worden ist. Das Messerpublikum zeigt wiederum einen starken internationalen Einschlag. Wie man von Messenstellen erfahren kann, sind diesmal Holländer und Schweizer besonders stark hervorgetreten. Interessant ist es, daß trotz der gegenwärtigen Handelsnotung auch Polen in größerer Zahl auf der Messe als Einfäufer erschienen sind, was darauf hindeutet, daß polnische Importverfreie die handelspolitische Verständigung mit Deutschland doch in nicht allzu ferner Zeit erwarten. Von Levante waren namentlich Südamerikaner, ferner aber auch Chinesen und Indier zu verzeichnen. Manche interessiert sich heute für alles, was ihm dazu helfen kann, seine Eigenproduktion zu entwickeln und seine Wirtschaft selbständiger zu gestalten. Indische Importeure suchen daher auf dem deutschen Markt heute neben Gebrauchsgegenständen aller Art ganz besonders auch Antriebsmaschinen, Maschinen für das Kleinergewerbe und für die Textilindustrie, jedweden technischen Bedarf der Landwirtschaft, Transportmittel und Elektroartikel. Erwähnt seien schließlich die auf der Messe sehr gut vertretenen Balkanländer, die heute vor einer wirtschaftlichen Erholung zu stehen scheinen, insbesondere Bulgarien, das auf dieser Messe auch seinen Tabak (im Rahmen der Tabakmesse) eingeführt hat — und Jugoslawien, dem man nach der erfolgten interpolitischen Stabilisierung heute allgemein eine starke wirtschaftliche Blüte voraussetzt. Nicht zu vergessen ist Spanien, das in sämtlichen Messerzweigen mit Einfäufern vertreten war, eine Tatsache, die bei der Neuordnung der deutschen Handelsbeziehungen mit Spanien unbedingt Beachtung verdient.

Der Verkauf des Messeschäftes hat im allgemeinen keine nennenswerten Uebertragungen gebracht. Die Preisabbaution der Reichsregierung, die die Senkung des Messbeginns war, konnte sich naturgemäß noch nicht entsprechend auswirken. Vielfach erklären die Aussteller, daß sie sogar Preiserhöhungen vornehmen müßten, wenn sie entsprechend den Preiserhöhungen der Vorproduzenten und den Lohnerhöhungen ihrer Arbeitnehmer kalkulieren wollten. Da andererseits die Einfäufer durchaus an die Grenzen der Kaufkraft der hinter ihnen stehenden Konsumentenmassen gebunden sind, so konnte sich in zahlreichen Branchen das Geschäft nicht weiter über den Umfang einer sehr vorsichtig erwoogenen Bedarfsdeckung erheben. Natürlich wirkten dabei auch die Geldverhältnisse mit. Man nimmt es den Kunden nicht über, wenn sie nur in kleinen Posten kaufen. Kleine Posten lassen eine regelmäßige Bezahlung erwarten, während der Einfäufer mit großen Posten sich etwas „übernehmen“ kann. So daß dann die wirtschaftliche Lage der Käuferseite nicht gerade günstig ist. Der zeitlichen Lage der Verhältnisse gemäß dient ein großer Teil der Käufer der Kompletierung der Lagerbestände für das Weihnachtsgeschäft. So sind Spielwaren und sonstige Geschenkartikel verschiedentlich ganz gut gegangen. Auch Zurswaren, namentlich Qualitätsporzellan und seine Lederwaren, wurden in beträchtlichem Maßstab umgesetzt. Um ein paar besonders bevorzugte Artikel zu nennen, erwähnen wir für die Textilmesse Seide- und Seidenstoffe, seine Webwaren, Tapetenwaren und Krawattenmischwaren, aus dem Bereich der Schuhmesse elegante Strampelstühle in der Modetfarbe „blond“, sowie Sportschuhe, aus dem Gebiet der Lederwaren Kofferhandtaschen, aus der Sphäre des Bijouteriegeschäfts Ohrringe in oft sehr bizarren Formen.

Das Auslandsgeschäft entsprach im allgemeinen dem Rahmen der Herbstmesse, die darin vollständig ihre Bilanz

Die internationale Schuldenevelung.

Die Amerikadelegationen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 4. September.

Caillaux gab im Ministerrat einige Auskünfte über die vor kurzem eingeleiteten Schuldenevelungen. Die Delegation, die sich unter dem Vorsitz des Finanzministers nach Amerika begeben wird, besteht aus folgenden Persönlichkeiten: den vier Senatoren Beranger, Chapal, Tauffet und Dupud, den vier Deputierten Vincent Aurio, Lamoureux, Bonafant und de Chambeau. Sie wird von dem früheren Generalsekretär der Société Générale, Simon, und dem Finanzattaché in der Amerikanischen Botschaft, dem Finanzminister, M. Roux, begleitet. Der Abgeordnete Franklin-Bouillon, der ebenfalls der Delegation angehören sollte, hat aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Die Abschrift der Delegation ist, wie bereits angekündigt, auf den 16. September festgesetzt.

Rom, 4. September.

Die italienische Kommission zur Verhandlung des Schuldenevelungsproblems mit Amerika wird im Oktober nach Washington gehen. Ihre Zusammenkunft bewirkt, welche Bedeutung die italienische

Regierung der Aufgabe der Kommission beilegt Finanzminister Volpi selbst führt, ferner nehmen teil Unterstaatssekretär des auswärtigen Geschäfts, die beiden Botschafter De Martino und Bonin Longare, weiter die aus den Dawes-Verhandlungen wohlbestimmten Wirtschaftlichen Sachverständigen Virelli und Mario Alberti. Das heute festgelegte Steigen der Lira wird auf Auslandsbedingungen zurückgeführt, die infolge der neuen italienischen Divisionsordnung und der Eröffnung der Privatverträge plötzlich nötig geworden sind.

Oesterreichische Fragen vor dem Völkerbund.

Verlegung der sozialistischen Internationalen in die Schweiz. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 4. September.

Genf nachmittags findet eine vertrauliche Ratssitzung unter dem Vorsitz des gegen Mittag im Auto von Karlsruhe eintrifftenden Rautenlebe statt. Nach Genf wird an der Sitzung teilzunehmen, die sich mit der österreichischen Frage beschäftigt.

Nach Mitteilungen der sozialistischen Blätter wird das Sekretariat der zweiten Internationalen seinen Sitz nach der Schweiz verlegen. Es heißt unter der Leitung Fritz Mörs